

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Regierungskrise in Sri Lanka beendet

Der am 26. Oktober 2018 gestürzte Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe ist am 16. Dezember 2018 erneut in sein Amt eingesetzt worden. Wie die *United National Party* (UNP) mitteilte, wurde Wickremesinghe von Präsident Maithripala Sirisena vereidigt. Zuvor hatte dieser ihn seines Amtes enthoben und den vormaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa zum Premierminister ernannt. Dadurch wurde ein Machtkampf ausgelöst, der die Regierung des Landes in eine beispiellose Krise stürzte. Wickremesinghe hatte sich nach seiner Absetzung geweigert, seinen Posten aufzugeben, und der von Sirisena als Regierungschef eingesetzte Ex-Präsident Mahinda Rajapaksa versuchte mehrmals vergeblich, eine Mehrheit im Parlament für seine neue Regierung zu gewinnen. Daraufhin trat Rajapaksa als Premierminister von seinem Amt zurück. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof die vom Präsidenten verfügte Auflösung des Parlaments zum 9. November und die Ausrufung von Neuwahlen zum 5. Januar als illegal befunden. Das Gericht hatte Rajapaksa außerdem untersagt, das Amt des Regierungschefs auszuüben, solange er nicht die Legitimität seines Kabinetts unter Beweis stellen könnte. Wickremesinghes Partei UNP bedankte sich über Twitter bei den Bürgern des Landes „die gegen die illegale Machtergreifung gekämpft und sichergestellt hatten, dass die Demokratie wiederhergestellt wurde.“

Sirisena kündigt harten Drogenkrieg an

In einer Rede während eines Besuchs auf den Philippinen Mitte Februar lobte Präsident Maithripala Sirisena den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte und dessen brutalen Drogenkrieg. Er bezeichnete Duterte als „Vorbild für die Welt“. *Human Rights Watch* stellte im vergangenen Jahr fest, dass Dutertes Drogenkrieg zur Tötung von mehr als 12.000 Drogenverdächtigen geführt hat. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) untersucht zurzeit, ob die außergerichtlichen Hinrichtungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. In seiner Rede sagte Sirisena, er beabsichtige,

Dutertes aggressive Bekämpfung des illegalen Drogenkonsums in Sri Lanka zu wiederholen. „Der Krieg gegen Kriminalität und Drogen ist ein Beispiel für die ganze Welt und für mich persönlich“, sagte Sirisena. „Die Bedrohung durch Drogen ist in meinem Land weit verbreitet, und ich denke, wir sollten in Dutertes Fußstapfen treten, um diese Gefahr unter Kontrolle zu bringen.“ Die sri-lankische Regierung beobachtet, dass Betäubungsmittel ein wachsendes Problem im Land darstellen. Im Januar beschlagnahmten die Behörden im Hafen von Colombo beispielsweise einen Kokainvorrat im Wert von 108 Millionen US-Dollar aus einer einzigen Schiffsladung; der Hafen wird anscheinend zu einem wachsenden Knotenpunkt für den internationalen Drogenhandel. In Zukunft sollen deshalb Polizei und Justiz in Sri Lanka kompromisslos gegen Drogenhändler vorgehen können.

Henker für die Ausführung der Todesstrafe gesucht

In der englischsprachigen staatlichen Tageszeitung *Daily News* wurden nach Sirisenas Besuch auf den Philippinen vom Justizministerium zwei Henker gesucht. „Wir wissen nicht, ob die Regierung die Todesstrafe wieder aufnimmt, aber wir wollen zwei Henker damit beauftragen, freie Stellen zu besetzen, um bereit zu sein, falls die Regierung Drogenschmuggler hinrichten will“, sagte Thushara Upuldeniya, Sprecher des Gefängnisdienstes, gegenüber der Nachrichtengeneratur *Reuters*. Die Vorstellungsgespräche finden im März statt.

Des Weiteren teilte Sirisena mit, dass die Todesstrafe in den nächsten Monaten wieder vollstreckt werden solle, auch wenn es Proteste geben werde. Drogenhandel ist bereits seit langer Zeit mit der Todesstrafe belegt. Diese wurde allerdings seit 1976 nicht mehr vollstreckt. Sämtliche Todesurteile wurden in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Premierminister Ranil Wickremesinghe zeigte sich gegenüber dem Vorhaben Sirisenas kritisch. Die Todesstrafe werde trotz Beanstandungen innerhalb von zwei bis drei Monaten umgesetzt, entgegnete Sirisena seinen Kritikern.

Sirisena kritisiert Menschenrechtskommission und Verfassungsrat

Am 6. Februar kritisierte Präsident Sirisena während einer Parlamentsrede die unabhängige Menschenrechtskommission Sri Lankas (HRCSL) sowie den Verfassungsrat (CC), die sich zuvor über seine Ankündigung, die Todesstrafe wieder einzuführen, schockiert gezeigt hatten. Der Präsident äußerte seinen Unmut darüber, dass der HRCSL-Chef eine Reihe von Zweifeln angemeldet hatte. Der Präsident kritisierte die HRCSL außerdem wegen ihrer Aufforderung, Militärangehörige vor der Entsendung zu UN-Friedenssicherungsmissionen sowie zu Auslandsschulungen gründlich zu durchleuchten. Sirisena warnte die Menschenrechtsorganisationen indirekt davor, weiterhin Kritik an seinen Entscheidungen zu üben. In einem gemeinsamen Schreiben an Präsident Sirisena erinnerten demgegenüber zivilgesellschaftliche Aktivist(inn)en und Organisationen daran, dass der Verfassungsrat und die Menschenrechtskommission zu den beiden Institutionen gehören, deren Stärkung und Unabhängigkeit die Hauptforderungen der Zivilgesellschaft im Jahr 2015 gewesen waren, als Sirisena überraschend zum Präsidenten gewählt wurde und die Nachfolge von Rajapaksa antrat.

Versöhnung durch den UN-Menschenrechtsrat

Sri Lankas Regierung bekräftigte am 6. März das Bekenntnis zur UN-Resolution 30/1 aus dem Jahre 2015 zur Versöhnung und unterstützte eine Verlängerung um zwei Jahre. Das Büro des Premierministers erklärte dazu, Sri Lanka werde im März 2019 sein Engagement und seine Entschlossenheit für einen dauerhaften und langwierigen Aussöhnungsprozess durch eine gemeinsam getragene Resolution im Rahmen der 40. Tagung des UN-Menschenrechtsrats (HRC) zum Ausdruck bringen. Die Erklärung kam nur wenige Stunden, nachdem Präsident Maithripala Sirisena zwei Parlamentarier aus seiner Partei und den Gouverneur der Nordprovinz als Delegierte für die Sitzung in Genf ernannt und dabei angekündigt hatte, den Menschenrechtsrat aufzufordern, die Resolution 30/1 zu überdenken.

Diese Resolution ist in Sri Lanka äußerst umstritten, da sie glaubwürdige Ermittlungen gegen die vermuteten Kriegsverbrechen in der Endphase des Kriegs mit der LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) fordert. Die Erklärung stand eben-

so im Widerspruch zu den Äußerungen Sirisenas, er werde ein Team zur Sitzung des HRC in Genf entsenden, um einen Aufschub zu erwirken. Er sagte, die UNO müsse es Sri Lanka ermöglichen, seine Probleme mit eigenen Mitteln zu lösen. Der UN-Menschenrechtsrat hatte Sri Lanka seit 2013 wegen vermuteter schwerer Menschenrechtsverletzungen gerügt. Die Resolutionen forderten konstant die Untersuchung von Rechtsverletzungen, begangen sowohl von den LTTE als auch von Regierungstruppen, sowie eine Untersuchung unter internationaler Beteiligung. Die aktuelle Sitzung des HRC in Genf wird Sri Lankas Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution prüfen. Die tamilische Gemeinschaft kritisiert zum Beispiel das langsame Tempo und Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung.

In seiner Sitzung am Donnerstag, 21. März 2019, hat der UN Menschenrechtsrat einstimmig die Resolution 30/1 (jetzt 40/1) um zwei weitere Jahre verlängert und das UN Hochkommissariat mit der Ausführung beauftragt.

Gotabaya Rajapaksa kandidiert bei der Präsidentschaftswahl

Der umstrittene ehemalige Verteidigungsminister Gotabaya Rajapaksa kündigte im Januar seine Präsidentschaftskandidatur an. Diese Ankündigung rief sofort scharfe Kritik gerade auch in der Partei seines älteren Bruders Mahinda Rajapaksa hervor. Gotabaya Rajapaksa hatte im März in einem Interview bekannt gegeben, dass er zuversichtlich sei, Ende dieses Jahres zum Präsidenten Sri Lankas gewählt zu werden. Seine Überzeugung beruhe darauf, dass sich die Bürger Sri Lankas nach einem politischen Führer sehnen würden, der nicht immer nur dem Mainstream folge, ethnisch unvoreingenommen sei und eine wirtschaftliche und zugleich soziale Entwicklung anstrebe. Gotabaya ist als Hardliner in der ethnischen Frage bekannt. Die singhalesische Bevölkerungsmehrheit glaubt allerdings, dass er Stimmen aus der Wählerschicht der tamilischen und muslimischen Minderheit für sich mobilisieren kann, da er eine ethnisch unparteiische und auf Wirtschaftswachstum ausgerichtete Entwicklungsagenda in Aussicht stellt. „Die Menschen sind die Mainstream-Politiker leid, die nur an Wählerstimmen denken und sich wenig um die echte Entwicklung und den Fortschritt kümmern. Ich bin kein Mainstream-Politiker, und das ist mein Vorteil“, sagte er.